



Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Ministerin

Dienstgebäude und Lieferanschrift:  
Breite Straße 31, 40213 Düsseldorf

An den  
Präsidenten des Landtags  
Herrn Ulrich Schmidt MdL  
Platz des Landtags 1

Telefon : (02 11) 86 18 - 50  
Telefax : (02 11) 8 61 85 - 44 44

40221 Düsseldorf

Durchwahl  
Telefon : (02 11) 86 18 - 4300/1  
Telefax : (02 11) 86 18 - 4550

VORLAGE  
12/1545

Datum  
19. September 1997

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)

19. Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen des  
Landtags Nordrhein-Westfalen am 17. September 1997

hier: TOP 1: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des  
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998  
(Haushaltsgesetz 1998)

Sehr geehrter Herr Präsident,

beiliegend übersende ich Ihnen meine Ausführungen anlässlich der 19.  
Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen des Landtags  
Nordrhein-Westfalen am 17. September 1997 zu TOP 1 "Haushaltsgesetz  
1998 - Einführung in den Haushalt des MSKS" mit der Bitte um  
Weitergabe an die Mitglieder des Ausschusses für Städtebau und  
Wohnungswesen.

Mit freundlichen Grüßen

(Ilse Brusis)



Ministerium für  
Stadtentwicklung,  
Kultur und Sport  
des Landes  
Nordrhein-Westfalen

Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und  
Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Ilse Brusis

Einführung in den Haushalt 1998 des MSKS 19. Sitzung  
des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen des  
Landtags Nordrhein-Westfalen

am 17. September 1997

**NRW.**

## Anrede

mit dem Entwurf zum Haushalt 1998, dem Erläuterungsband zum Einzelplan 15 und dem schriftlichen Einführungstext haben Sie alle wesentlichen Daten zu Haushaltsansätzen, Programmrahmen und Mittelstruktur vorliegen. Ich möchte mich deshalb heute darauf konzentrieren, Ihnen einen möglichst plastischen Eindruck darüber zu verschaffen, was konkret in der Vielzahl der Programmsparten an Projekten entsteht. Denn die allgemeine Diskussion über Programme, deren Inhalte und deren Finanzierung ist die eine Seite; die andere - und nicht die weniger wichtige - ist der konkrete Output, das konkrete Projekt.

Deshalb möchte ich mir in diesem Zusammenhang eine Anregung erlauben. Was im Bereich des Städtebaus und der Stadtentwicklung geschieht, erschließt sich im wesentlichen durch praktische Anschauung und konkrete Erfahrung. Ich rege deshalb an, daß der für Fragen der Stadtentwicklung und des Städtebaus zuständige Ausschuß - soweit es für die Mitglieder des Ausschusses zeitlich vertretbar ist - Gelegenheit nimmt, das tatsächliche städtebauliche Geschehen im Lande, in den 396 Städten und Gemeinden, konkret zu erfahren. Städtebaupolitik läßt sich - das gilt für mein Haus wie für andere - nicht vom grünen Tisch aus betreiben, sondern ganz praktisch durch Erfahrungen mit konkreten

Projekten und Projektideen vor Ort und in den Regionen. Es würde mich freuen, wenn Sie Ihre Arbeit noch stärker als bisher auf diese konkreten Erfahrungen einstellen könnten. Mein Haus und ich würden Ihnen dabei gern die gewünschte Unterstützung anbieten.

Durch die Fördermittel meines Hauses werden etwa 15 % aller Arbeitsplätze im nordrhein-westfälischen Baugewerbe und Bauhandwerk gesichert. Dies zeigt die Relevanz der Tätigkeit meines Hauses für die Bauwirtschaft. Darin sind noch nicht gerechnet die Stadterneuerungsprojekte, die mit Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen kombiniert werden.

In der Summe aller Aktivitäten wird eines deutlich: Wir befinden uns in der Stadtentwicklung mitten in einer Standortoffensive, wie sie bundesweit einmalig ist und wie sie auch im Vergleich zu früheren Jahren in der Konzentration auf wesentliche Schwerpunkte und in der Verbreiterung innovativer Ansätze ohne Vorbild ist, trotz der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten des Landes.

Ich betone dies aus zweierlei Gründen: natürlich war es zunächst eine Kraftanstrengung, die Städtebauförderung, den Grundstückerfonds, die Mittel der Denkmalpflege und die Investitionsmöglichkeiten aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, so weit

sie meinem Hause zustehen, in wesentliche Zukunftsbedarfsfelder zu kanalisieren, denn das heißt auch, sich von weniger wichtigem zu trennen. Dies ist weitgehend gelungen. Die Richtlinien für die verschiedenen Zuwendungsbereiche werden für das nächste Jahr Geltung bekommen und sie werden zu einer weiteren Profilierung der Investitionspolitik des Landes beitragen.

Ich weise auf den Beitrag meines Hauses zu einer innovativen Standortpolitik auch deswegen hin, weil ich die Gefahr sehe, daß sich die öffentlich geführte Standortdiskussion einseitig auf ökonomisch-technische Aspekte verengt und Fragen von Stadtqualität, Lebensqualität, Kultur, Freizeitqualität, kreative Milieus, Urbanität usw. an den Rand drückt. Ich würde dies auch unter ökonomischen Aspekten für eine Sackgasse halten.

Was ich meine, will ich an einigen Beispielen aus der Tätigkeit meines Hauses verdeutlichen:

In etwa 25 Großprojekten sind wir mit den Mitteln meines Hauses dabei engagiert, Standorte im internationalen Wettbewerb aufzuwerten, indem wir nicht nur die harten, sondern auch die weichen Standortfaktoren verbessern. In Gelsenkirchen etwa auf dem jetzigen Gelände der Bundesgartenschau mit einem der künftig interessantesten Gewerbestandorte in Europa.

**In Duisburg mit einem neuen hochleistungsfähigen Dienstleistungszentrum im Innenhafen in der Mischung von Arbeiten und Kultur.**

**In Dortmund mit der Neuen Evinger Mitte, in Bochum mit dem Innenstadt-Standort Innenstadt-West, in Essen mit dem neuen Dienstleistungszentrum um die Zeche Zollverein XII herum, in Herne mit dem Stadtteilzentrum Sodingen, in Düsseldorf mit dem neuen Zentrum an der Kölner Straße und mit dem Kulturzentrum am Ehrenhof, in Münster mit der Revitalisierung des Hafens einschließlich der Halle Münsterland, in Oberhausen mit dem Hauptbahnhofsareal, in Köln mit der Revitalisierung des Standortes Kalk usw.**

**In mehr als 20 zentralen Bahnhofsstandorten sind wir dabei, neue Zentren der Innenentwicklung zu schaffen. Wir haben die Absicht, mit der Deutschen Bundesbahn eine Rahmenvereinbarung über die städtebauliche Qualität von Bahnhöfen und ihrem Umfeld abzuschließen.**

**In Alsdorf entsteht eine neue Stadtmitte in der Mischung aus Handel, Wohnen und Gewerbe.**

**In 40 Standorten mit militärischen Liegenschaften helfen wir, brachgefallene Areale und funktionslos gewordene Bauten zu reaktivieren und planerisch vorzubereiten.**

**In mehr als 50 historischen Stadt- und Ortskernen helfen wir, die Standortqualität der historischen Originalität mit modernen Wirtschafts- und Lebensformen vereinbar zu machen.**

**In mehr als 20 schwierigen Stadtteilen kämpfen wir mit den betroffenen Städten darum, daß diese Stadtteile eine neue Chance erhalten.**

**Über 100 Projekte werden wir Ende dieses Jahrzehnts im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park fertiggestellt haben, die als Symbol für innovative Politik stehen. Es wird dann ein Investitionspotential von etwa 3 Mrd. DM bewegt worden sein, wenn man öffentliche und private Investitionen zusammennimmt.**

**Wir sind dabei, ein Konzept für die Endpräsentation der IBA zu entwickeln. Ich werde Ihnen diese Konzeption zu gegebener Zeit vorstellen. Desgleichen werde ich Ihnen darüber berichten, welche Konsequenzen wir aus der Arbeit der IBA Emscher Park für andere Regionen des Landes ziehen werden und was für Folgerungen für das nördliche Ruhrgebiet notwendig sind, wenn die IBA Emscher Park ihre Arbeit in zwei Jahren eingestellt haben wird.**

**Auf ein überwältigendes Interesse ist das Angebot an die Städte und Gemeinden unseres Landes und an die örtliche Wirtschaft gestoßen, gemeinsame Projekte zur Vitalisierung unserer Innen-**

städte und Nebenzentren zu machen. Das Konzept "Stadtmarketing" ist schon jetzt ein voller Erfolg, weil es wirtschaftliche Kräfte und kommunales Engagement darauf konzentriert, den Handelsstandort "Innenstadt" auch unter schwierigen ökonomischen Bedingungen zu stabilisieren.

Wir haben geholfen, Bauland an städtebaulich verträglichen Standorten mit allein in diesem Jahr rd. 80 Mio. DM Fördermitteln zu aktivieren. Es ist uns damit gelungen, das Baulandangebot zu verstetigen und dies mit kräftigen innovativen Ansätzen zu verbinden. Wir sind dabei, das 300.000 DM-Haus in Förderprojekten vor allem im Ballungsraum durchzusetzen. Ich habe einen Oskar für kommunale Baulandpolitik vergeben, den sogenannten Baulandpreis. Wir haben eine Reihe von Initiativen entfaltet, um Erschließungskosten weiter zu senken und haben die Förderung insgesamt vereinfacht, die Beratung forciert und vor allem eine gezielte Innenentwicklung durchgesetzt.

Wir haben bisher 93 denkmalwerte Bauten in Kindertagesstätten umgebaut. Dieser Prozeß geht weiter.

Städtenetzwerke haben wir mit Fördermitteln unterstützt, damit Städte voneinander lernen können, wie man Innovationen praxisnah umsetzt. Das jüngste Kind dieser Städtenezwerke ist das Projekt I des ILS mit dem Ziel, den Bestand an sozialer und kultu-

reller Infrastruktur kostengünstig zu erhalten, umzubauen und dabei Betriebskosten zu senken.

Wir werden noch in diesem Jahrzehnt ein landesweites Radwegnetz fertiggestellt haben, einige Stadtbussysteme finanziert und eine beträchtliche Reihe von Fahrradstationen realisiert haben. Eine entsprechende Rahmenvereinbarung mit der Deutschen Bundesbahn ist soeben unterschrieben worden.

Wir haben ein großes Echo auf die Ausschreibung für eine alle zwei Jahre stattfindende REGIONALE in Nordrhein-Westfalen festzustellen. Auf Hochtouren laufen die Vorbereitungen zur Präsentation von Ost-Westfalen-Lippe im Rahmen und aus Anlaß der EXPO 2000 in Hannover. Aus mehr als 90 Projekten werden die besten ausgewählt und qualifiziert.

Wir sind dabei, die gemeinsame Konzeption der Landesregierung zur Gewerbeflächenförderung aktiv und engagiert umzusetzen mit Maßnahmen der Standortsicherung, der Mobilisierung von Reservflächen in bestehenden Gewerbegebieten und der Neuausweisung von Gewerbeflächen, dort wo eine regionale Nachfrage vorhanden ist.

Trotz der sich immer wieder verschlechternden Konditionen seitens der Arbeitsverwaltung gelingt es immer noch, diese Maßnahmen auch mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen der Qualifizierung zu verbinden.

Das möglicherweise wichtigste strukturpolitische Instrument der Landesregierung im Bereich der Flächenmobilisierung ist der Grundstücksfonds, der längst über die Bereiche der Montanregion hinausgewachsen ist, wie die Standorte Arnsberg, Bergneustadt, Bielefeld, Grevenbroich, Köln, Marsberg, Menden, Meschede, Monheim und Wetter zeigen.

Meine Herren und Damen, die Aufzählung dieser Aktivitäten ist bei weitem nicht abschließend. Sie kennen aus Ihren Wahlkreisen viele weitere Projekte und vor allem weitere Entwicklungswünsche der Städte und Gemeinden. Wir können nicht annähernd mit dem vorhandenen Mittelbestand das erfüllen, was die Städte und Gemeinden jetzt von uns erwarten, sondern wir müssen vieles auf mittelfristige und noch längere Zeiten verweisen. Dies ist umso unbefriedigender, als das RWI nachgewiesen hat, daß sich die Städtebauförderung auch für die öffentliche Hand insgesamt rechnet, wenn man die Einnahmen für die öffentliche Haushalte gegenrechnet. Kein anderer Förderbereich ist daher so auf Verstetigung und verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen wie

die Städtebauförderung und damit zusammenhängend die Investitionen der Denkmalpflege und der Handlungsrahmen des Grundstücksfonds. Hier wird Zukunftssicherung betrieben, und langfristig rechnet es sich. Wir brauchen nur einen längeren Atem im Sinne von rationalem Staatshandeln, weil wir Investitionen, und zwar innovative Investitionen in die Zukunft unserer Städte brauchen, damit sie wettbewerbsfähig bleiben als ökonomische Standorte und lebenswert für die Bewohnerinnen und Bewohner. Deswegen möchte ich Sie als den Haushaltsgesetzgeber um diese langfristige ökonomische Vernunft bitten. Jeder Bruch in der Entwicklung wird sich später auch ökonomisch rächen. In diesem Zusammenhang ist sicher schmerzlich, daß wir in der Städtebauförderung eine 10 %ige Absenkung der Verpflichtungsermächtigungen hinnehmen müssen. Das bedeutet fachlich eine Reduzierung des Bewilligungsrahmens um 30,6 Mio. DM.

Ich hoffe auch, daß wir in den nächsten Jahren in der Lage sein werden, die Absenkung der Landesmittel des Grundstücksfonds um 15 Mio. DM zu kompensieren. Ohne den Grundstücksfonds gäbe es die IBA Emscherpark nicht und auch nicht vielfältige gelungene Standortsicherungen für Betriebe im ganzen Land.

Ich wollte Ihnen vermitteln, daß der Haushaltsrahmen, den Sie dem Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport im Be-

**reich der Stadtentwicklung einräumen, effektiv und innovativ ausgefüllt wird und daß wir mitten in einer kräftigen Standortoffensive sind, die Kontinuität und Verlässlichkeit benötigt. Dafür bitte ich um Ihre Mithilfe.**